

Zu Beginn wies Frau Bergmann-Grieß auf den am heutigen Tag eingegangenen Antrag der SPD-Fraktion, der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der FDP-Fraktion zu diesem Tagesordnungspunkt hin und unterbreitete den Vorschlag, den Antrag zeitgleich zu behandeln.

Herr Gleß erläuterte kurz für die Verwaltung die Grundgedanken zu der Sitzungsvorlage.

Frau Kusserow legte daraufhin sehr ausführlich die inhaltlichen und sachlichen Überlegungen dar, welche die Verwaltung letztendlich zu der Entscheidung bewegt hätten, der Bitte der Bezirksregierung Köln zu entsprechen und den Ausschussmitgliedern zu unterbreiten. In diesem Zusammenhang wies Sie auch auf den bereits protokollierten Beschluss des Verwaltungsvorstandes hin, wonach gemeinsam mit der Bezirksregierung Köln eine Informationsveranstaltung für die Bürgerschaft zu diesem Thema zwischen der Sitzung des Ausschusses für Familie, Soziales, Gleichstellung, Integration und der Sitzung des Rates durchgeführt werden soll.

Ergänzend und eingehend berichtete Herr Gleß über seine Erfahrungen in der Flüchtlingskrise 2015/2016, die seinerzeit die Stadt Sankt Augustin ebenso wie viele andere Kommunen dazu zwang, geflüchtete Menschen in Turnhallen unterzubringen. Die städtischen Unterbringungskapazitäten waren zu diesem Zeitpunkt restlos erschöpft. Vor dem Hintergrund dieser Erfahrungen müsse auf jeden Fall eine erneute Inanspruchnahme von Turnhallen vermieden werden. Dieses Bild vor Augen habe auch dazu geführt, das „Pendel der Abwägung“ in Richtung der Bitte der Bezirksregierung ausschlagen zu lassen.

In der sich anschließenden Aussprache erklärten alle Fraktionen jeweils, dass sie grundsätzlich der gleichen Ansicht wie die Verwaltung sind, der Bitte der Bezirksregierung Köln zu entsprechen.

Die SPD-Fraktion, die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und die FDP-Fraktion erläuterten aus ihrer jeweiligen Sicht den zusätzlichen Antrag und betonten die dringende Notwendigkeit einer gemeinsam mit der Bezirksregierung durchzuführenden Veranstaltung vor einer verbindlichen Entscheidung des Rates über eine Verlängerung der ZUE.

Für die CDU-Fraktion sprach Herr Lienesch sein Bedauern aus, dass der gemeinsame Konsens in der Flüchtlingspolitik, kollektive Beschlüsse zu fällen, durch die antragstellenden Fraktionen offenbar aufgekündigt wurde.

Die sich daran anschließenden Nach- und Verständnisfragen wurden durch Herr Gleß und Frau Kusserow ausführlich beantwortet.

Herr Willnecker beantragte daraufhin eine Sitzungsunterbrechung. Frau Bergmann-Grieß unterbrach daher die Sitzung um 18.43 Uhr

Um 19.00 Uhr hob Frau Bergmann-Gries die Sitzungsunterbrechung auf und erteilte Herrn Willnecker das Wort.

Für die antragstellenden Fraktionen erklärte Herr Willnecker, dass die Informationsveranstaltung zeitlich vor der Ratssitzung stattfinden sollte.

Darüber hinaus solle – wie von der CDU-Fraktion vorgeschlagen – Absatz 3 des Beschlussvorschlages der Drucksachen-Nummer 23/0197 – insbesondere zur Reduzierung der Platzzahlen der in der Nähe zur ZUE befindlichen städtischen Unterkünfte (Am Kreuzeck, Schützenweg, Großenbuschstraße) - zeitlich von der Entscheidung über die Verlängerung der ZUE in der Sitzung des Rates am 20.06.2023 entkoppelt werden, weil die anstehende Gesetzesänderung über die erhöhte Anrechnung gemäß FlüAG NRW voraussichtlich erst in der zweiten Hälfte des Jahres 2023 erfolgen wird.

Daher wird folgender neuer Beschlussvorschlag unterbreitet:

„Der Ausschuss für Familie, Soziales, Gleichstellung und Integration nimmt das Schreiben der Bezirksregierung Köln vom 13.04.2023 zur Kenntnis und empfiehlt dem Rat **nach Durchführung einer Bürgerinformationsveranstaltung vor dem 20.06.2023**, der Bitte der Bezirksregierung Köln zu entsprechen, den Standort der ZUE Sankt Augustin um drei Jahre bis zum 31.10.2028 zu verlängern.

Die Verwaltung wird beauftragt, vor einer verbindlichen Entscheidung über eine Verlängerung gemeinsam mit der Bezirksregierung Köln die Bevölkerung sowohl mit einer Veranstaltung wie auch über die Öffentlichkeitsarbeit zu informieren. Dabei soll auch die Gelegenheit zur Diskussion über die aktuelle Situation der ZUE gegeben werden. Es sollen dabei auch gezielt eventuelle Problemlagen und Möglichkeiten zur Verbesserung erörtert werden.

Zudem wird die Verwaltung beauftragt, gerade auch im Hinblick auf die angekündigte erhöhte Anrechnung gemäß FlüAG NRW, eine sozialräumliche Betrachtung vorzunehmen. Dabei sollen verbindlich Vorgehensweisen zur Reduzierung der in der Nähe zur ZUE befindlichen städtischen Unterkünfte (Am Kreuzeck, Schützenweg, Großenbuschstraße) entwickelt werden, sofern dies bis Ende des Jahres möglich ist.“

Nach der Unterbreitung des neuen Beschlussvorschlages erklärte Herr Lienesch für die CDU-Fraktion und Herr Köhler für den Aufbruch den Beitritt zu diesem neuen Beschlussvorschlag.

Daraufhin stellte Frau Bergmann-Gries den neuen Beschlussvorschlag zu Abstimmung.